

Nicht nur Mut, sondern auch ein langer Atem

Ulrike Poppe ist Studienleiterin für Politik und Zeitgeschichte an der Evangelischen Akademie zu Berlin. Als Bürgerrechtlerin in der DDR war sie Mitbegründerin des Netzwerkes „Frauen für den Frieden“ und der Initiative „Frieden und Menschenrechte“. 1983 wurde sie aufgrund ihres Engagements für sechs Wochen inhaftiert. Im September 1989 war Ulrike Poppe Erstunterzeichnerin des Gründungsaufrufs zur Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, wurde Mitglied des Sprecherrates und vertrat diese Gruppierung am Zentralen Runden Tisch. Heute setzt sie sich u.a. als Mitglied des Vorstandes der Robert-Havemann-Gesellschaft, des Fachbeirates „Gesellschaftliche Aufarbeitung“ der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Beirates der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ein.

MuP: Wie würden Sie Ihr gesellschaftspolitisches Engagement in der DDR beschreiben?

Ulrike Poppe: Ich habe schon relativ früh eine kritische Haltung gegenüber dem sogenannten realsozialistischen System eingenommen. In den 1980er Jahren war ich in verschiedenen oppositionellen Gruppen tätig, u.a. in „Frauen für den Frieden“ (FfF) und der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM). Wir versuchten im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten unsere Auffassungen zu Fragen des Friedens und notwendiger Umgestaltungen im DDR-Staat öffentlich zu machen, zur Diskussion zu stellen und setzten uns für freie, öffentliche Kommunikationsmöglichkeiten ein.

MuP: Selbst Ihre Zeit in der Untersuchungshaft hat Sie nicht verbiegen und von Ihren Überzeugungen abbringen können. Was hat Sie trotz der Gefahr dazu bewegt, sich weiter zu engagieren?

Ulrike Poppe: Die Tatsache, dass wir schon nach sechs Wochen wieder frei kamen, ohne dass ein gerichtlicher Prozess stattfand, verdanken wir vielen Protestaktionen im In- und Ausland. Durch diesen Protest geriet die Staatsführung der DDR so unter Druck, dass sie sich für unsere Freilassung entschied. Für uns war das ein großer Erfolg und bewies, dass die Macht der SED begrenztbar ist, wenn genug Öffentlichkeit mobilisiert wird. Das hat viele ermutigt, mich auch.

MuP: Welche Rolle spielt Widerstand für heutiges bürgerschaftliches Engagement?

Ulrike Poppe: Widerstand an sich ist noch kein Wert, – es kommt darauf an, wogegen man Widerstand übt. Allgemein kann man sagen, dass Widerstand gegen Unrecht ein demokratisches, aber auch ein menschliches Gebot ist. Allerdings kann man nicht gegen alles Unrecht im Land oder gar in der Welt auftreten, sondern sollte sich, – möglichst mit anderen zusammen – einen Bereich suchen, in den man Einblick hat und etwas bewirken kann. Dazu gehört nicht nur Mut, sondern oft auch ein langer Atem.

MuP: In welchen Bereichen waren bzw. sind Sie seit der Wiedervereinigung aktiv?

Ulrike Poppe: Ich war bisher in verschiedenen Feldern aktiv, z.B. in der Förderung von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich, in der politischen Bildung und in der politisch-historischen Aufklärung. Das hat mit Widerstand nichts zu tun, höchstens in dem Sinne, dass sich das Engagement gegen Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit richtete.

MuP: Kann eine Beschäftigung mit dem bürgerschaftlichen Engagement in der DDR auch zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft heute beitragen?

Ulrike Poppe: Die Erfahrungen mit widerständigem Verhalten unter den Bedingungen der Diktatur sind nur begrenzt übertragbar auf bürgerschaftliches Engagement in der Demokratie. Aber das Wissen darüber, was Leben unter Diktaturverhältnissen bedeutet und welche Anstrengungen nötig waren, um die Voraussetzungen für eine offene Bürgergesellschaft zu schaffen, ermöglicht uns, die demokratische Freiheiten zu würdigen. Es ermöglicht uns die Einsicht, dass Demokratie nichts Selbstverständliches ist. Sie ist gefährdet, wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Mitwirkungsrechte nicht nutzen.

MuP: Welche Unterschiede sehen Sie zwischen der Engagementkultur in Ost- und Westdeutschland?

Ulrike Poppe: Natürlich gab es Unterschiede in der Engagementkultur zwischen Ost und West, systembedingt. Bürgerschaftliches Engagement in der BRD kann die demokratische Öffentlichkeit nutzen, die Medien, kann sich in Rechtsformen kleiden, wie z.B. als Verein. Die Akteure können sich offiziell versammeln, können staatliche oder kommunale Unterstützung beantragen oder das Sponsoring nutzen. Sie können Streiks, Demonstrationen, Meetings oder andere Protestaktionen organisieren und mit politisch Verantwortlichen ins Gespräch kommen. Diese Möglichkeiten waren den Oppositionellen in der DDR verwehrt.

MuP: Ist bürgerschaftliches Engagement heute unpolitischer geworden und falls ja, was könnten Ihrer Meinung nach Gründe dafür sein?

Ulrike Poppe: Ich denke nicht, dass bürgerschaftliches Engagement unpolitischer geworden ist. Nur haben sich die Bedingungen geändert, unter denen heute Politik gemacht wird und Zivilgesellschaft aktiv ist. Im Zuge von Europäisierung und Globalisierung wird zunehmend auch eine internationale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen notwendig. Die Einflüsse der Medien, insbesondere der neuen Medien, veranlassen zu neuen Aktionsformen.

MuP: Welche Rolle haben zivilgesellschaftliche Organisationen wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und NGOs für die Initiierung und Bündelung bürgerschaftlichen Engagements?

Ulrike Poppe: Das Vertrauen in konventionelle, hierarchisch organisierte Großorganisationen ist stark zurückgegangen. Ein temporäres Engagement in NGOs scheint hingegen junge Leute weit mehr anzuziehen und erweist sich als flexibler, kreativer und attraktiver.

MuP: Welche (politischen) Rahmenbedingungen sind Ihrer Meinung nach notwendig, um gesellschaftspolitisches, ehrenamtliches Engagement stärker zu fördern?

Ulrike Poppe: Die Demokratie ist ein System, das die meisten Lernprozesse erfordert und auch anstößt. Die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen und sozialen Wandels wächst. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen sind immer enger im internationalen Rahmen verflochten. Um politisch etwas zu bewirken bedarf es daher in steigendem Maße einer Kompetenz, über die viele in unserer Gesellschaft nicht verfügen. Die Schulen und beruflichen Ausbildungsstätten sollten sich auf diese veränderten Anforderungen einstellen und junge Menschen für bürgerschaftliches Engagement interessieren und befähigen.

MuP: Gibt es etwas, das Sie jungen Menschen (oder auch Menschen, die sich von ihrem Engagement zurückgezogen haben) für ein Engagement im wiedervereinigten Deutschland mit auf den Weg geben möchten?

Ulrike Poppe: „Freiheit ist das einzige Gut, das sich abnutzt, wenn man es nicht benutzt.“ (Voltaire)